

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/1637

Der
Ministerpräsident
des Landes
Schleswig-Holstein



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Wirtschaftsausschuss
Herrn Vorsitzenden Christopher Vogt
Postfach 7121
24171 Kiel

11. August 2013

Sehr geehrter Herr Vogt,

ich bedanke mich bei Ihnen für die Gelegenheit, zu dem Antrag der Fraktion der PIRATEN (Drucksache 18/825) und dem Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW (Umdruck 18/1373) für die Landesregierung Stellung nehmen zu können.

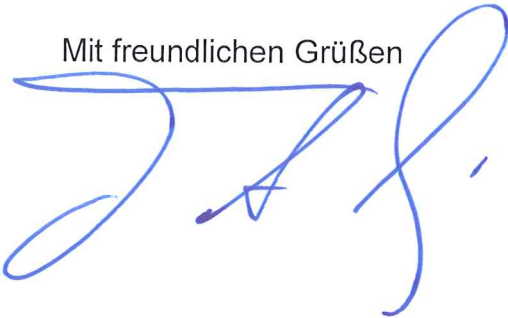
Für die Landesregierung ist mehr direkter Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern und mehr Bürgerbeteiligung ein wichtiges politisches Ziel für diese Legislaturperiode. Sie teilt deshalb grundsätzlich die beantragten Anliegen.

Bereits jetzt ermöglicht die Landesregierung mehr Bürgerbeteiligung bei großen Infrastrukturvorhaben, als gesetzlich vorgeschrieben ist. So wird das Dialogforum Feste Fehmarnbeltquerung fortgeführt. Es ist sowohl ein gutes Beispiel für den Nutzen und die Notwendigkeit von Bürgerbeteiligung. Es zeigt aber auch, dass Beteiligung früher ermöglicht werden sollte, damit es einen breiteren Entscheidungsspielraum als bei der Fehmarnbeltquerung gibt. Nur so kann Beteiligung auch konkrete und größere Änderungen bewirken. Konkret unternimmt die Landesregierung deshalb größere Anstrengungen für eine frühzeitige Beteiligung bei neuen Infrastrukturvorhaben, wie beispielsweise durch die zahlreichen Dialog- und Konsultationsveranstaltungen im Rahmen der Planungen der neuen 380 KV-Westküstentrasse. In diesem Sinne ist auch der Bürgerkongress von

Anfang Juni 2013 sowie die weiter geplante Bürgerbeteiligung bei der Erstellung der Landesentwicklungsstrategie Schleswig-Holstein 2030 zu verstehen. Die Landesregierung ist überzeugt, dass eine frühzeitige, grundsätzliche Verständigung über die Ziele der Entwicklung des Landes Schleswig-Holstein eine wichtige Grundlage für die bestmögliche Planung und Durchführung auch von Infrastrukturvorhaben ist.

Im Sinne dieser Zielsetzung und um verbindliche Regelungen für mehr frühzeitige Transparenz und Beteiligung bei der Planung von Infrastrukturvorhaben zu erreichen, hat die Landesregierung eine Interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) Bürgerbeteiligung eingerichtet. Die IMAG hat sich zum Ziel gesetzt, einen Leitfaden für eine neue Planungskultur in Schleswig-Holstein zu erarbeiten und der Landesregierung im Jahr 2014 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, consisting of stylized, flowing letters that appear to be 'J. J.' followed by a large, sweeping flourish.